

## Protokoll

### der ordentlichen Bürgerversammlung der Politischen Gemeinde Schänis vom Freitag, 27. März 2009, 20.00 Uhr, im Mehrzweckgebäude Hof

Vorsitz: Erich Jud, Gemeindepräsident  
Protokoll: David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber

Stimmberechtigung insgesamt: 2'518 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger  
anwesende Stimmberechtigte: 232 abgegebene Stimmausweise

Stimmausweiskontrolle: Alexandra Büsser, Oberbirgstrasse 1, Schänis  
Ludwig Giger, Gasterstrasse 1, Schänis

Stimmenzähler: Alexandra Büsser, Oberbirgstrasse 1, Schänis  
Ludwig Giger, Gasterstrasse 1, Schänis  
Anton Glarner, Landstrasse 18, Rufi  
Monika Fuchs, Bergli 1105, Kaltbrunn

Mikrophon: Joseph Tremp, Birlig 19, Schänis

Präsenz: Gemeinderat vollzählig

Ende der Versammlung: 21.30 Uhr

Die Ankündigung der Bürgerversammlung erfolgte gemäss Art. 45 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) rechtzeitig.

---

## Einleitung

Mit den nachstehenden Ausführungen eröffnet Gemeindepräsident Erich Jud die heutige Bürgerversammlung:

*"Die Evolution soll einen entscheidenden Schritt vorwärts gemacht haben, als eine Affenart herausfand, dass man mit Zusammenarbeit - konkret ging es um die gemeinsame Erziehung des Nachwuchses - viel mehr erreicht als wenn jeder nur für sich selber schaut und sorgt. Und heute - viele Jahrtausende später - gilt immer noch dasselbe Prinzip um vorwärts zu kommen. Also ist auch heute noch jede Art von Fortschritt zwangsläufig an Zusammenarbeit und das Miteinander geknüpft. Ich kann es darum nicht verstehen, wenn die Bürger unseres Landes gegen die eigentliche Organisationsstruktur für ein Miteinander - den Staat - aufgewiegelt werden. Denn wir - das Volk - sind der Staat und damit eine Gemeinschaft, die einander hilft und beisteht. Noch weniger nachvollziehbar ist für mich, wenn billiger Populismus betrieben und eine giftige Saat der Missgunst, des Streits und der Ab- und Ausgrenzung gesät wird. Weil eine Gesellschaft nur in Frieden und Wohlstand leben kann, wenn alle miteinander versuchen, die Tücken unserer Lebensreise zu meistern, damit diese Lebensreise nicht zu beschwerlich wird. Viele Millionen Franken nützen nichts, wenn die Eltern und Tante Marie und Onkel Josef und alle Freunde gestorben sind. Wenn ich keinen einzigen Menschen habe, der meine Sorgen oder Freuden teilt.*

*Was will ich Ihnen mit den eingangs gemachten Worten sagen? Zweierlei.*

- 1. Dass es sich doch in unserer ländlichen Gemeinde, unserem Dorf tatsächlich gut leben lässt. Man kennt sich, man hat Freunde, man findet Verständnis für seine Sorgen und findet Hilfe in schwierigen Situationen. Dies ist wenigstens die Regel.*
- 2. Habe ich manchmal dennoch auch ein gewisses Verständnis dafür, wenn jemand den Staat, der wir selber sind, und sein Tun, nicht immer ganz versteht. Denn Gesetze und Vorschriften haben, zwar nur weil man Gerechtigkeit für alle und in jedem Fall garantieren will, eine Fülle und einen Detaillierungsgrad erreicht, dass wir uns oft eingeengt fühlen und wir dann und wann mit der Durchsetzung oder Umsetzung der Gesetze Gefahr laufen, Hornberger Schiessen zu veranstalten. Ein Beispiel: Für das Schweinerennen mit fünf Schweinen an der Dorfchilbi in Maseltrangen sind zwei kantonale Bewilligungen notwendig, eine vom Finanzdepartement wegen der Wette und eine vom Veterinärdienst des Gesundheitsdepartements. Aus dem dreiseitigen Entscheid des Finanzdepartements Folgendes: Erstens: Am Sonntag, 26. Oktober 2008 wird um 12.30 und 15.30 Uhr ein Lauf mit fünf Schweinen ausgetragen. Zweitens: Die Rennschweine können während der Maseltrangner Chilbi am Sonntag, 26. Oktober 2008 besichtigt werden. Drittens: Austragungsort der Rennen ist die Wiese hinter dem Haus der Familie Kühne in Maseltrangen. Es folgen acht weitere Punkte, ein Entscheid und eine Rechtsmittelbelehrung und die Unterschrift des Generalsekretärs. Die Bewilligung des Veterinärdienstes trägt die Unterschrift von einer Frau Dr. Calzavara.*

*Ganz bestimmt haben die Beamten ihre Pflicht gut und richtig erfüllt, daran gibt es nichts zu bemängeln. Doch hat bestimmt kein Gesetzgeber ein solches Resultat*

*mit einem solchen Aufwand wirklich gewollt. Aber was heute nicht fein säuberlich geschrieben steht, ist nichts wert. Man bedenke aber: Kein Gesetz kann die Vernunft ersetzen, die Vernunft aber Gesetze.*

*Mut und Vertrauen - zwei andere wichtige Wörter - scheinen ebenfalls hehre Vokabeln aus vergangenen Tagen geworden zu sein. Was dazu führt, dass kaum jemand auch nur das kleinste Risiko eingeht. Was mit anderen Worten heisst, dass man sicherheitshalber lieber einmal zuviel Nein sagt.*

*Meine Devise für das öffentliche wie private Leben heisst darum: 'Dem Leben Spielraum geben.' Damit wir nicht an Langeweile und übertriebenem Sicherheitsdenken zugrunde gehen.*

*Da ich nicht Staatsrechtler, nicht Ethikprofessor und noch nicht Papst bin, habe ich gar nicht das Recht, mit Ihnen über derlei Sachen zu sprechen. Sondern meine Themen sind viel eher die stinkenden Schweineställe, das Littering, der K-Standort, die Bäche und die Gewitter, das Bauland und die knappen Finanzen.*

*Geschätzte Mitbürgerinnen und geschätzte Mitbürger!*

*Es freut mich, Sie freundlich zur heutigen Bürgerversammlung begrüßen zu dürfen. Bevor wir zum offiziellen Teil kommen, noch ein paar kurze Worte zu mehr oder weniger brennenden Themen.*

*Wenn ein Mensch immer die gleiche Geschichte erzählt, so finden dies die Zuhörer langweilig. Oder man mutmasst vielleicht hinter vorgehaltener Hand sogar, der Sprechende könnte an beginnender Senilität leiden.*

*Und ich weiss, über die Sanierung der Bäche zum Beispiel, habe ich Ihnen schon zum x-ten Mal fast dasselbe gesagt, nämlich dass es bei diesem Vorhaben nur zögerlich vorwärts gehe.*

*Was habe ich Ihnen heute zur Sanierung der Bäche zu sagen? Im Amtsbericht haben Sie von noch neun nicht geregelten Einsprachen gelesen. Diese Anzahl hat sich inzwischen auf einige wenige vermindert; und ich bin fast sicher, dass der entscheidende Durchbruch heute Nachmittag mit der Unterzeichnung eines Tauschvertrages mit Bruno Seliner geschafft ist.*

*Ich muss Ihnen sagen, geschätzte Damen und Herren, für fast alle Einsprecher hatte ich immer auch ein gewisses Verständnis. Kein Verständnis habe ich aber für jenen Einsprecher, der vom Projekt selber nicht besonders betroffen ist und dennoch an der Einsprache festhalten will. Aus Frust im eigenen Leben und wegen tiefer Abneigung gegen die Verantwortungsträger der Gemeinde. Ich hoffe, dass dieser letzte noch nicht gesprächsbereite Einsprecher noch zur Einsicht gelangt und die Einsprache zurückzieht. Viele, die unter der immer wiederkehrenden Hochwassernot leiden, werden ihm dankbar sein, und dies ist ja auch ein gutes Gefühl.*

*Ich danke an dieser Stelle allen kompromissbereiten Einsprechern für das Entgegenkommen und entschuldige mich dafür, wenn manchmal etwas Druck aufgesetzt werden musste. Der Gemeinderat hat dies nicht gern gemacht; musste dies aber tun.*

Die Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Wasserbau war immer und ist auch heute ausgezeichnet. Diese Amtstelle hat inzwischen veranlasst, dass die nächsten Schritte in Richtung Sanierung unternommen werden, bzw. das Projekt nun den gemachten Zusagen im Zusammenhang mit der Einspracheerledigung angepasst wird. Mit dem Amt für Wasserbau ist auch abgesprochen, dass die Sanierung dort wo die Gemeinde im 'Steine' Bauland gekauft hat, rasch an die Hand genommen wird.

Gearbeitet wird aber auch an der Projektstudie für den Bach in Rufi. Dieser Bach wurde im letzten Sommer einmal mehr ziemlich schwer beschädigt. Für die Übernahme der Kosten der dringend notwendigen Sofortmassnahmen hat der Gemeinderat eine grosszügige Lösung getroffen, indem diese Kosten dieses Mal vollumfänglich von Bund, Kanton und Gemeinde übernommen werden sollen.

In Kaltbrunn und Benken wird gebaut wie wild, sagt man, nur in Schänis läuft nichts, sagt man. Und die Man(n)s und Frauen, die dies sagen, haben nicht einmal so ganz unrecht. Denn wegen der Einsprachen im Zusammenhang mit der Sanierung der Bäche war fast die ganze Bautätigkeit blockiert.

Damit das restliche Land von der Erbegemeinschaft Hager erworben und die Gesamtparzelle vernünftig überbaut werden kann, muss vorher der Teilzonenplan 'Steine' rechtskräftig sein. Am vorerwähnten Teilzonenplan 'üben' wir seit bald zwei Jahren - mit dem Amt für Raumentwicklung und den Einsprechern. Nun sind aber alle Einsprachen gegen den Teilzonenplan beseitigt und es kann vorwärts gehen. Ich habe eine Liste von Bauinteressenten, die von der Gemeinde eine Parzelle kaufen möchten und in Schänis ihr Eigenheim bauen wollen.

Wie geht es nun weiter? Der Teilzonenplan 'Steine' wird sofort dem fakultativen Referendum unterstellt und dann vom AREG hoffentlich rasch genehmigt. Dann wiederum kann die Restparzelle von der Erbegemeinschaft Hager definitiv erworben, d.h. der Grundbucheintrag gemacht werden. Damit alles möglichst rasch vorwärts geht, hat der Gemeinderat bereits den Teilstrassenplan und die Erschliessungsplanung in Auftrag gegeben, um nicht nachher wiederum Zeit zu verlieren. Bestenfalls, so denke ich, kann an der a. o. Bürgerversammlung im Juni der Kredit für die Erschliessung des Landes im 'Steine' eingeholt werden.

Der Berg hat eine Maus geboren. Dies ist meine höchstpersönliche Beurteilung zum neu erarbeiteten kommunalen Richtplan. Zwar hat die Arbeitsgruppe sehr viel und sehr gute Arbeit geleistet. Doch die vielen Baulücken, die zwar nicht selten am falschen Ort sind, ich nenne als Beispiel den Solenberg, haben den Spielraum der Arbeitsgruppe sehr eingeengt. Mit Einengen meine ich, dass mit dem Richtplan nur wenige Flächen ausgeschieden werden konnten, die ein Hinweis dafür geben, in welche Richtung sich die Gemeinde baulich entwickeln will oder entwickeln könnte. Der Richtplan ist momentan beim Amt für Raumentwicklung zur Stellungnahme und wird der Bürgerschaft bei Gelegenheit vorgestellt.

Mit dem vorgenannten Amt für Raumentwicklung wurde vereinbart, dass der Gemeinderat im Jahre 2010 eine Gesamtrevision der Ortsplanung in Angriff nimmt. Leider, und dies macht die Sache der nächsten Gesamtrevision undankbar und schwierig, wird es bei dieser Revision kaum viele neue Einzonierungen geben. Sondern Parzellen in der Bauzone, die schon lange brach liegen und nicht erschlossen und überbaut werden können, so die Vorgabe aus St. Gallen, werden wieder der Land-

wirtschaftszone zugeführt werden müssen. Der Gemeinderat wird sich also mit der bevorstehenden Gesamtrevision der Ortsplanung kaum viele neue Freunde schaffen. Aber Bauland ist zum Überbauen da und nicht in erster Linie eine fast sichere Altersvorsorge.

Die Planungsarbeiten für das Gebäude 'Rathausplatz 16' sind, dank dem deutlichen Entscheid vom 8. Februar, in vollem Gange. Am 26. Juni werden wir über den Baukredit befinden können. Ein für allemal klar ist jetzt, dass das geschützte Kulturobjekt nicht abgebrochen, sondern saniert wird. Der Gemeinderat will aber bei diesem Thema keine Sieger auf der einen und Besiegte auf der andern Seite, sondern Freunde fürs Leben, die begeistert am Schänis von morgen mitarbeiten. Er hat darum den Einwand der Gegner der Vorlage bezüglich der Gesamtgestaltung des Dorfkerns sehr ernst genommen. Der Gemeinderat will zwar, dass das Gebäude ohne Verzögerung saniert wird, will aber gleichzeitig eine Planungsstudie für eine Gesamtgestaltung des Dorfkerns in Auftrag geben. Der Gemeinderat ist diesbezüglich in Kontakt mit der Hochschule Rapperswil. Ziel ist es, im Juni nebst dem Baukredit für die Sanierung auch einen Kredit für eine Gesamtplanungs-Studie einzuholen.

Über fast nichts ist soviel 'Chabis' geschrieben worden wie über den K-Standort und die mögliche Ansiedlung von IKEA. Dazu nur soviel: Damit ein grösseres Einkaufszentrum gebaut werden kann, braucht es bestimmte planungsrechtliche Voraussetzungen; im Richtplan des Kantons St. Gallen die sogenannten K- oder G-Standort-Planungen, welche aber mittelfristig sehr wahrscheinlich als Planungsstandard aus dem Richtplan verschwinden werden. Was heisst, dass diese Planungswerke künftig nicht mehr Voraussetzung für eine Baubewilligung sein werden. Hingegen auch weiterhin, was sicher richtig und vernünftig ist, bestimmte planerische Voraussetzungen erfüllt sein müssen; ich nenne z.B. die Anbindung an den öffentlichen Verkehr, damit eine entsprechende Baubewilligung erteilt werden kann. Alle Planungen und alle Arbeiten sind wertlos, wenn das dafür notwendige Bauland nicht zur Verfügung steht. Und im Moment ist dieser eine wichtige Punkt in Klärung, ob Land in Schänis vorhanden, bzw. käuflich ist.

Ich denke, was die Landfrage betrifft, sind wir zusammen mit der Ortsgemeinde Schänis auf gutem Wege. Und IKEA ist nach wie vor am Standort Schänis interessiert, wie eine Besprechung zwischen Hans Kaufmann, dem Direktor der IKEA Immobilien am vergangenen Montag zeigte.

Es ist vorgesehen, nachdem weitere Abklärungen und Überlegungen gemacht sind, dass IKEA, die Ortsgemeinde Schänis und die Politische Gemeinde Schänis die breite Bevölkerung weiter informieren.

Im Raume Feld-Säumergut wird derzeit mit einem Verkehrsgutachten abgeklärt, ob uns was für ein Kreisell grössere Verkehrssicherheit schafft. Dies zusammen mit den Anstössern. Allerdings gilt es zu bedenken, dass Bauten an Staatsstrassen Sache des Kantons sind und damit auch über das wann, wo und wie letzten Endes das Tiefbauamt entscheidet. Es gibt aber keine Anzeichen, dass Kanton, Anstösser und Gemeinde diesbezüglich nicht zusammenarbeiten können und wollen."

## Begrüssung

Nach diesen einleitenden Worten begrüsst Gemeindepräsident Erich Jud alle Anwesenden freundlich zur heutigen Bürgerversammlung. Er dankt allen, die sich für die politischen Geschehnisse in unserer Gemeinde interessieren.

Einen besonderen Gruss richtet er an seinen Vorgänger, alt Gemeindepräsident Alphons Schwizer, und an alle ehemaligen Gemeinderäte. Aber auch allen, die erstmals oder erstmals in Schänis an einer Bürgerversammlung teilnehmen, entbietet der Vorsitzende einen herzlichen Willkommensgruss. Er hofft, die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger davon überzeugen zu können, dass die Schänner gesprächsbereite Partner und gute Demokraten sind.

Bevor er zur Behandlung der traktandierten Geschäfte kommt, stellt Gemeindepräsident Erich Jud fest, dass

- zur heutigen Bürgerversammlung rechtzeitig eingeladen wurde und die Unterlagen mit der Jahresrechnung ebenso rechtzeitig zugestellt wurden;
- die Bürgerversammlung somit rechtskräftig durchgeführt werden kann.

Überdies wird gemäss Art. 13 der Gemeindeordnung bekannt gegeben, dass für die Protokollführung technische Hilfsmittel verwendet werden (Tonbandaufnahme).

Die Traktandenliste präsentiert sich wie folgt:

1. Jahresrechnung 2008 und Bericht der Geschäftsprüfungskommission
2. Voranschlag und Steuerplan 2009
3. Einlage von einer Million Franken aus dem Sondervermögen "Altersheim Eichen" in einen zu bildenden Fonds
4. Gutachten und Antrag des Gemeinderates für einen zweijährigen LinthBus-Versuchsbetrieb für die Strecke Ziegelbrücke-Schänis-Bilten
5. Einbürgerungen
6. Allgemeine Umfrage

Der Versammlungsleiter stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt und gelangt damit in der vorliegenden Form zur weiteren Behandlung.

## **1. Jahresrechnung 2008 und Bericht der Geschäftsprüfungskommission**

Gemeindepräsident Erich Jud verweist auf die auf den Seiten 34 bis 49 des Amtsberichtes abgedruckte Zusammenfassung der Jahresrechnung und den auf der Seite 63 zu findenden Bericht der Geschäftsprüfungskommission. Ohne gegenteilige Aufforderung geht er davon aus, dass Nichtbelesen der Rechnung gewünscht wird.

Der Vorsitzende ergänzt die Informationen im Amtsbericht mit folgenden Feststellungen:

Aufgrund des Verkaufs der Liegenschaft "Vorheime" habe bereits das Budget mit einem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2008 gerechnet. Dieser Ertragsüberschuss sei nun aber vor allem dank höheren Einnahmen, aber auch wegen weniger Ausgaben, über eine Million Franken höher als budgetiert ausgefallen. Der Gemeinderat schlage vor, mit dem Ertragsüberschuss zusätzliche (also nicht budgetierte) Abschreibungen in der Höhe von Fr. 498'091.00 vorzunehmen und Fr. 977'784.00 zur Stärkung des Eigenkapitals zu verwenden. Das Eigenkapital von neu ungefähr vier Millionen solle wenigstens mittelfristig einen einigermaßen stabilen Steuerfuss garantieren.

Gemeindepräsident Erich Jud eröffnet die Diskussion über die Jahresrechnung und den Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Da keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind, folgt die Abstimmung über den ersten Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

**Die Jahresrechnung 2008 der Politischen Gemeinde Schänis sei zu genehmigen.**

**Dem Antrag wird ohne Gegenstimme entsprochen.**

Gemeindepräsident Erich Jud bedankt sich für die Zustimmung.

## **2. Voranschlag und Steuerplan 2009**

Auch der Voranschlag pro 2009 ist ab Seite 34 zusammen mit der Jahresrechnung jeweils in der rechten Spalte im Amtsbericht publiziert. Der Steuerplan pro 2009 ist auf Seite 56 zu finden.

Mit Verweis auf dieses Zahlenmaterial bemerkt der Vorsitzende Nachstehendes:

*"GPK und Gemeinderat haben intensiv über das nun vorliegende Budget beraten. Bevor wir das Budget 2009 miteinander diskutieren, noch zwei-drei finanzpolitische Überlegungen oder Feststellungen meinerseits:*

*Es sei an dieser Stelle auch einmal in aller Bescheidenheit erwähnt, dass Schänis in den letzten Jahren eine recht gute Finanzpolitik gemacht hat. In den letzten vier Jahren, erstmals 2006 von 162 auf 160, konnten die Steuern um nicht weniger als 22 Steuerprozent gesenkt werden. Und dies ohne zusätzliche Verschuldung. Im Gegenteil: In den letzten fünf Jahren konnte die Verschuldung (inkl. vormalige Schulgemeinde) um immerhin acht Millionen Franken abgebaut werden. Zudem steht Schänis Ende 2008 mit einem doch stattlichen Eigenkapital von vier Millionen Franken da, was ungefähr 80 Steuerprozent sind.*

*Natürlich ist zutreffend, dass die Rückzahlung des Aktionärskapitals der EVS AG wacker zu der guten Situation beigetragen hat. Es gibt aber auch andere Faktoren: Es ist sehr wichtig, dass die Gemeinde einerseits eine klare Vorwärtsstrategie in Sachen moderatem Wachstum verfolgt und andererseits keine Erbsenzählerei-Finanzpolitik betreibt. Eine mitentscheidende Grösse für die längerfristige Beibehaltung des heutigen Steuerfusses wird sein, ob wir mit der Erschliessung im 'Steine' rasch vorankommen oder nicht.*

*Zurück zum Budget: Die Geschäftsprüfungskommission und der Gemeinderat sind davon überzeugt, der Bürgerschaft ein realistisches Budget vorzulegen.*

*Ich würde mich freuen, wenn die heutige Bürgerversammlung zum gleichen Ergebnis kommt."*

Darauffolgend eröffnet der Vorsitzende die Diskussion zum Voranschlag und Steuerplan 2009.

Oskar Gmür-Steiner, Lindeli 1361, erkundigt sich betreffend dem im Investitionsprogramm ausgewiesenen Perimeterbeitrag an die Linthsanierung. Im Jahre 2004 sei dieser mit Fr. 561'000.00 beziffert worden, nun weise das Investitionsprogramm in den Jahren 2009 bis 2013 insgesamt Fr. 739'000.00 aus. Der Votant möchte wissen, woher diese Zahlen stammen.

Gemeindepräsident Erich Jud führt aus, dass es sich bei den aufgeführten Zahlen um Schätzwerte und gemäss Kantonsratsbeschluss um eine gebundene Ausgabe handle. Auf die Höhe könne der Gemeinderat keinen Einfluss nehmen.

Paul Bruhin, Solenberg Maseltrangen 82, moniert, dass sich im Voranschlag zwar ein Posten für die Wasserversorgung Solenberg, nicht aber für den Unterhalt der Solenbergstrasse finde. Seiner Meinung nach würde eine Strassensanierung eine Million Franken oder mehr kosten. Die Strasse habe auch im vergangenen Winter sehr gelitten. Über die Art und Weise der ausgeführten Sanierungen könne er nur lachen. Es sei ein dringender Handlungsbedarf ausgewiesen. Gefragt sei kein Flickwerk, sondern eine richtige Sanierung.

Es handle sich dabei mehr um eine Aufforderung als um eine Frage, stellt Gemeindepräsident Erich Jud fest. Trotzdem wolle er auf das gemäss Vorgaben des Amtes für Gemeinden erstellte Strassensanierungsprogramm verweisen. Darin werde geregelt, wann welche Strassen saniert werden. Es sei ihm aber mitgeteilt worden, dass im Solenberg eine Notwendigkeit bestehe; der Gemeinderat werde die Situation im Auge behalten. Ebenso sei bekannt, dass die Entwässerung der Solenbergstrasse nicht als optimal bezeichnet werden könne. Man leide unter der seinerzeit wohl nicht ganz fachgerecht ausgeführten Erschliessung.

Paul Bruhin bezeichnet weitere Missstände im Zusammenhang mit der Solenbergstrasse, worauf Gemeindepräsident Erich Jud einen gemeinderätlichen Augenschein im Solenberg in Aussicht stellt.

Da keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, folgt die Abstimmung über den zweiten Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

**Die Anträge des Rates über Voranschlag und Steuerfuss für das Rechnungsjahr 2009 seien zu genehmigen.**

**Dem Antrag wird mit einer Gegenstimme entsprochen.**

Die Bürgerschaft kann seitens des Vorsitzenden den Dank für ihr Vertrauen entgegennehmen. Der Gemeinderat werde bestrebt sein, jeden heute bewilligten Franken zum Wohle aller einzusetzen.

Zudem ist es Gemeindepräsident Erich Jud an dieser Stelle ein Bedürfnis, der Geschäftsprüfungskommission, allen Mitgliedern des Gemeinderates sowie den Angestellten und Mitarbeitern der Gemeinde zu danken. Er sei überzeugt davon, dass auch im laufenden Jahr wieder alle Aufgaben in gutem Einvernehmen gelöst werden können.

### **3. Einlage von einer Million Franken aus dem Sondervermögen "Altersheim Eichen" in einen zu bildenden Fonds**

Gutachten und Antrag finden sich auf den Seiten 64 bis 66 des Amtsberichtes.

Ohne gegenteilige Aufforderung geht der Vorsitzende davon aus, dass Nichtbelesen des Gutachtens gewünscht wird. Er ergänzt die im Gutachten festgehaltenen Informationen wie folgt:

Nach dem Vermächtnistext des Dekan-Steiner-Fonds sollten aus den Zinserträgen Beiträge an die Kosten des Besuchs "höherer Realschulen oder freisinniger wissenschaftlicher Bildungsanstalten" ausbezahlt werden. Der Eberhardsche Fonds werde durch das Vermächtnis als Studien- und Handwerker-Fonds bezeichnet und es sollten aus seinen Zinserträgen die "Abstammlinge des Sebastian Eberhard" profitieren können. Wie aus diese Texten ersichtlich, sei der Wille des Vermächtnisgebers schon seit Jahren nicht mehr exakt umgesetzt worden, ja habe nicht umgesetzt werden können.

Im Gutachten sei festgehalten, es gebe Vermächtnistexte, die weder aufgrund eines Vermächtnistextes noch aufgrund eines Reglementes verteilt wurden. Über die Verwendung habe der Gemeinderat entschieden. Zudem gebe es Fonds, die wegen der niedrigen Kapitaldotations den Zweck nicht mehr erfüllen konnten. Der Gemeinderat habe sich aus den vorerwähnten Gründen veranlasst gesehen, die Landschaft der Fonds neu zu ordnen. Diese Neuordnung passiere durch den Erlass eines neuen Fondsreglementes, welches im Moment dem fakultativen Referendum unterstellt sei. Die Fondsmittel dürften nicht irgendwie verwendet werden, sondern der geänderte Zweck müsse dem bisherigen wenigstens ähnlich sein. Der ursprüngliche Wille des Zuwendenden solle nicht fallengelassen, sondern den geänderten Verhältnissen angepasst werden. Der Zweck des "Fonds für Jugend und Alter und die Förderung des friedlichen Zusammenlebens von Alt und Jung und von Menschen verschiedener Herkunft" soll eine Vielzahl von Zwecken erfüllen; eine Umschreibung der Zwecke finde man im Gutachten. Es gehe bei den heutigen Verhandlungen jedoch nicht um das Reglement, denn dieses unterstehe dem fakultativen Referendum. Sondern die heutige Versammlung habe einzig und allein darüber zu beschliessen, ob sie den Antrag des Gemeinderates unterstütze, eine Million Franken aus dem Sondervermögen "Altersheim Eichen" in den Fonds einzulegen.

### Antrag

**Der Gemeinderat sei beauftragt und ermächtigt, eine Million Franken aus dem Sondervermögen "Altersheim Eichen" in den Fonds für Jugend und Alter und die Förderung des friedlichen Zusammenlebens von Alt und Jung und von Menschen verschiedener Herkunft einzulegen.**

Gemeindepräsident Erich Jud eröffnet die Diskussion zu Traktandum drei.

Oskar Gmür-Steiner, Lindeli 1361, erkundigt sich danach, was mit der Million Franken aus dem Sondervermögen "Altersheim Eichen" geschehe, falls die Bürgerversammlung den gemeinderätlichen Antrag ablehne.

Gemeindepräsident Erich Jud erklärt: Nach Haushaltverordnung fliesse diese Million zurück in den allgemeinen Haushalt, wenn sie für die Sonderaufgabe nicht mehr benötigt werde.

Nach Oskar Gmür sei die Politische Gemeinde Schänis nicht auf Rosen gebettet, sozial aber sehr gut abgedeckt. Der Fonds sei gemäss dem Reglement ein "Jekami". Das Geld müsse viel nachhaltiger angelegt werden. Als positives Beispiel dafür nennt er die Verwendung von 345'000 Franken aus dem Sondervermögen "Altersheim Eichen" für die Finanzierung der Erschliessung der Alterswohnungen. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass jeder nach Geld fragen könne und der Gemeinderat die insgesamt 1,4 Millionen Franken des Fonds ausbebe. Der Votant wiederholt die Bezeichnung "Jekami" für den geplanten Fonds. Er lobt das Fondsreglement der Ortsgemeinde, welche teilweise dieselben Institutionen unterstütze; im Falle der Ortsgemeinde käme das Geld "sehr gut an das richtige Ort". Die politische Gemeinde sei mit dem Budget "Soziale Wohlfahrt" sehr gut abgesichert.

Gemeindepräsident Erich Jud entgegnet, es handle sich keineswegs um ein "Jekami" - der Gemeinderat habe sich bei der Vorlage etwas überlegt. Wie es die Fondsbezeichnung bereits aussage, sei das Geld für Jung und Alt gedacht und dabei aber nur für Fälle, welche das übrige soziale Netz nicht auffängt. Es gehe nicht darum, gesetzlich vorgeschriebene Sozialleistungen an Fürsorgeempfänger aus Fondsgeldern zu finanzieren. Hingegen solle der Fonds beispielsweise ermöglichen, den älteren Generationen ab und zu etwas besonderes zu gönnen. So habe die Gemeinde Schänis in den letzten Jahren im Gegensatz zu anderen Gemeinden den Altersausflug finanziert. Es sei dem Gemeinderat zudem schwer gefallen, die Million in den allgemeinen Haushalt fliessen zu lassen, obwohl diese teilweise von der älteren Generation komme. Jedoch treffe es nicht zu, dass die Pensionäre des Altersheims Eichen "abgezockt" wurden, denn man habe über Jahre Investitionen in das Altersheim Eichen über den allgemeinen Haushalt abgeschrieben. Es handle sich darum um eine Mischrechnung. Der nun vorliegende Vorschlag für die Verwendung der Mittel sei in den Augen des Gemeinderates verantwortbar.

Mit dem Hinweis, das Thema lasse ihm keine Ruhe, ergreift Oskar Gmür erneut das Wort. Der Gemeinderat und insbesondere der Gemeindepräsident hätten sich das "Betreute Wohnen" gross auf die Fahne geschrieben. Und nun werde das ehemalige Altersheimgebäude offenbar für die Unterbringung von Asylanten verwendet. Der Votant stellt die Frage, ob das Bedürfnis nach "Betreutem Wohnen" tatsächlich abgeklärt worden sei. Mit einer Investition in das "Betreute Wohnen" könnte das Geld nach Gmürs Ansicht nachhaltig angelegt werden. Ansonsten "gehe das Geld fort". Gespiessen werde der Fonds aus der Laufenden Rechnung. Dies stehe schwarz auf weiss im gemeinderätlichen Gutachten.

Gemeindepräsident Erich Jud präzisiert, dass natürlich nur dann ein Betrag dem Fonds zugunsten der Laufenden Rechnung gutgeschrieben werden könne, wenn dies die Bürgerschaft explizit beschliesse.

Der Bürger müsse erst ab 300'000 Franken beschliessen, ansonsten liege alles in der Kompetenz des Gemeinderates, so Oskar Gmür in seinen weiteren Ausführungen. Unter dem erneuten Hinweis, dass es sich seiner Meinung nach um ein "Jekami" handle, gibt er kund, dass auch die Finanzierung des Fonds offenbar schwammig

und die Vorlage ein Fass ohne Boden sei. Darum dürfe die Versammlung dem Antrag des Gemeinderates nicht zustimmen.

Betreffend dem "Betreuten Wohnen" klärt Gemeindepräsident Erich Jud die Versammlung darüber auf, dass dieser Begriff ganz unterschiedlich definiert werde. So bezeichne man in Degersheim beispielsweise das auch in Schänis vorhandene Angebot von Alterswohnungen in der Nähe eines Alters- und Pflegeheimes exakt als "Betreutes Wohnen". Abklärungen in Schänis für eine zusätzliche betreute Wohnform hätten ganz klar gezeigt, dass kein Bedürfnis ausgewiesen sei. Es sei unbedingt davon Abstand zu nehmen, ein Bedürfnis mit viel Geld künstlich zu schaffen. Mit dem in Schänis vorherrschenden Angebot an Alterswohnungen und Spitex werde eine gute Alterspolitik betrieben. Dies habe jedoch nur indirekt mit der zur Diskussion stehenden Fondseinlage zu tun.

"Dem kann ich absolut zustimmen", führt Oskar Gmür aus. Er möchte keineswegs Altersnachmittage oder Ähnliches verbieten; diese Anlässe hätten unsere älteren Mitbürger verdient. Der Gemeinderat habe die Kompetenz, entsprechende Kredite jederzeit zu sprechen. Aber bei der zur Diskussion stehenden Vorlage gehe es nicht einfach um 50' oder 100'000 Franken, sondern es gehe um eine Million. Der Votant ruft die Versammlung dazu auf, gut darüber nachzudenken, was mit diesem Geld passieren soll. Des weiteren stellt Gmür die Frage, wie das Bedürfnis nach "Betreutem Wohnen" abgeklärt worden sei. Er erkundigt sich danach, ob eine öffentliche Ausschreibung erfolgte und ob eine Umfrage bis zu den Vierzigjährigen gemacht worden sei.

Gemeindepräsident Erich Jud erklärt, dass verschiedenste Abklärungen getroffen worden seien und dies in seriöser Art und Weise. Es sei klar kein Bedürfnis ausgewiesen.

Oskar Gmür möchte genau wissen, was konkret abgeklärt worden sei. Wenn man die Insassen des Altersheimes frage, sei natürlich klar .....

Gemeindepräsident Erich Jud weist unverzüglich darauf hin, dass es in einem Altersheim keine "Insassen" gebe.

Oskar Gmür korrigiert sich und fügt an, es führe natürlich zu einem negativen Ergebnis, wenn man die Bewohner eines Altersheimes nach dem Bedürfnis nach "Betreutem Wohnen" befrage. Vielmehr hätte man die gesamte Bevölkerung bis zu den Vierzigjährigen einbeziehen sollen.

Bis hin zu den Vierzigjährigen sei das Bedürfnis nach "Betreutem Wohnen" nicht abgeklärt worden, teilt Gemeindepräsident Erich Jud mit. Zu der zur Diskussion stehenden Fondseinlage bemerkt er im Weiteren, der Gemeinderat sei überzeugt davon,

dass es sich hierbei um eine gute Sache handle. Jedoch liege es an der Bürgerschaft, darüber zu befinden.

Marcel Büsser-Glarner, Hof 2, verweist auf die Liegenschaften des Finanzvermögens und stellt den Antrag, "dass man auch die Liegenschaften in den vorliegenden Antrag hineinnimmt und nachhaltig anlegt, indem man den Steuerfuss um zehn Steuerprozentente senkt".

"Jetzt geht es um die Million aus dem Sondervermögen Altersheim Eichen", klärt Gemeindepräsident Erich Jud die Versammlung auf. Diese Million könne man je nach Entscheid der Bürgerschaft in den Fonds oder in den Allgemeinen Haushalt fliessen lassen. Lässt man das Geld in den Allgemeinen Haushalt fliessen, könnten die Steuern tatsächlich während zwei oder drei Jahren um zehn Steuerprozentente gesenkt werden. Es bleibe die Frage, wie das Herz in einem ticke. Der Gemeinderat sei der Überzeugung gewesen, mit den älteren Mitbürgern erarbeitetes Geld wieder entsprechend zurückführen zu wollen.

Oskar Gmür attestiert dem Gemeinderat, dass am geplanten Fonds auch Gutes zu finden sei, jedoch werde das Mass überschritten. Es sei daher nicht sein Ziel, einen Ablehnungsantrag zu stellen, sondern vielmehr eine **Rückweisung** des Geschäftes zu beantragen, so dass der Gemeinderat die Vorlage überarbeiten und der ausserordentlichen Bürgerversammlung vom 26. Juni 2009 vorlegen könne.

Gemeindepräsident Erich Jud nimmt den Rückweisungsantrag entgegen; dies verbunden mit dem Hinweis, dass jedoch über das Datum der neuen Vorlage nicht befunden werden könne.

Ursula Seliner-Riget, Steinen 3, möchte wissen, wie der Fonds funktioniere. Sie selbst verstehe den Fonds so, dass nicht das Kapital geschmälert, sondern der Fondszweck aus den Erträgen erfüllt werde.

Gemeindepräsident Erich Jud erklärt, dass es zwei Möglichkeiten gebe. Man könne die Zinsen des Fondskapitals ausgeben oder man könne die Zinsen und einen Teil der Substanz ausgeben. Das dem fakultativen Referendum unterstehende Reglement sage aus, dass sowohl Zinsen wie Substanz für den Fondszweck verwendet werden können. Und zwar aus folgendem Grund: Bei den gegebenenfalls ebenfalls in den neuen Fonds fliessenden Mittel des Fonds zur Verschönerung und Verbesserung des Lebens von alten und gebrechlichen Menschen sei von den Vermächtnisgebern ausdrücklich der Willen gegeben, die Gelder einer Verwendung zuzuführen und nicht zu horten. Dies sei aber eine Frage des Reglementes. Sei die Bürgerschaft mit dem Reglement nicht einverstanden, müsse sie das fakultative Referendum ergreifen, so dass das Reglement zur Abstimmung gelange. Der Gemeinderat werde im Falle eines Referendums der Bürgerschaft ein neues Reglement vorlegen oder allenfalls auf den geplanten Fonds verzichten.

Michael Balmer-Suter, Solenberg Maseltrangen 25, schlägt vor, die Million aus dem Sondervermögen "Altersheim Eichen" für die Sanierung der Solenbergstrasse zu verwenden. Die "Alten" hätten das Geld gespart, die "Alten" hätten auf dem Solenberg oben auch Riesenfehler gemacht, insbesondere mit largen Abnahmen beim seinerzeitigen Eigentümer. Jetzt biete sich die Möglichkeit, diesen Fall in Ordnung zu bringen.

Da keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, nimmt der Vorsitzende die Abstimmung über den Rückweisungsantrag von Oskar Gmür vor.

**Dem Rückweisungsantrag wird mit 120 Stimmen entsprochen (das absolute Mehr beträgt 117 Stimmen).**

Oskar Gmür erkundigt sich danach, ob mit der Rückweisung der Fondseinlage das dem fakultativen Reglement unterstehende Reglement hinfällig werde.

Gemeindepräsident Erich Jud verneint und betont, dass es sich um zwei verschiedene Verfahren handle.

Oskar Gmür wendet sich an die Bürgerschaft und ruft diese dazu auf, die von ihm bereits vorbereiteten Unterschriftsbogen für ein Referendumsgebehren im Nachgang zur heutigen Bürgerversammlung zu unterzeichnen.

Aufgrund des Stimmungsbildes und der Situation werde der Gemeinderat intensiv über die Fondsbildung nachdenken, bemerkt Gemeindepräsident Erich Jud.

Roger Büsser-Strassmann, Oberbirgstrasse 1, möchte den Gemeinderat dazu anregen, ein allenfalls überarbeitetes Reglement der Bevölkerung zukommen zu lassen; dies beispielsweise mit dem Abstimmungsmaterial. Ein Grossteil der Stimmbürgerschaft werde sich nicht bemühen, eine Referendumsvorlage im Detail einzusehen.

Gemeindepräsident Erich Jud nimmt die Anregung in positivem Sinne entgegen.

#### **4. Gutachten und Antrag des Gemeinderates für einen zweijährigen LinthBus-Versuchsbetrieb für die Strecke Ziegelbrücke**

Gutachten und Antrag findet sich auf Seite 67 des Amtsberichtes.

Gemeindepräsident Erich Jud ergänzt die im Gutachten festgehaltenen Informationen wie folgt:

*" 'Hilf dir selbst, so hilft dir Gott', heisst ein geflügeltes Sprichwort. Und genau um diese Selbsthilfe geht es in unserem vierten Traktandum. Denn wer will bestreiten, dass das Glarner Unterland und Schänis zusammen eine engere Wirtschaftsregion, deren Gebiet zwar auf zwei Kantone verteilt ist, bilden. Gute Verkehrswege sind auch heute - wie schon vor tausend Jahren - das Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung. Waren es früher die Wasserstrassen, so sind es heute die Autobahnen und es ist aber auch der öffentliche Verkehr. Auch gehe ich persönlich davon aus, dass die zukünftige Stadt Glarus Nord stärker prosperieren wird als wir und die Glarner uns dies heute vorstellen. Darum wird es für Schänis - etwas am Rande der Region ZürichseeLinth liegend, in Zukunft wichtig sein, gut mit der Stadt Glarus Nord vernetzt zu sein. Sowohl die Glarner wie auch die St. Galler und insbesondere die betroffenen Gemeinden wollen diese Vernetzung mit dem öffentlichen Verkehr bis zum Jahre 2013 vorantreiben. Dies wenigstens ist die hehre Absicht, die noch viel Planungsarbeit braucht.*

*Zwischenzeitlich soll das Gebiet Feld-Säumergut, also dort wo konzentriert die meisten Arbeitsplätze von Schänis sind, mit dem LinthBus erschlossen werden. Neben der Erschliessung des Gebiets Feld-Säumergut kann noch eine zweite Fliege mit der gleichen Klappe geschlagen werden: Schänis bekommt mit diesem Angebot einen halbstündlich verkehrenden Bus nach Ziegelbrücke mit Anschluss an die S2 nach Zürich. Beim Zweijahres-Versuchsbetrieb rechnet man mit Kosten von insgesamt höchstens 168'000 Franken."*

### **Antrag**

**Der Gemeinderat sei beauftragt und ermächtigt, einen zweijährigen LinthBus-Versuchsbetrieb für die Strecke Ziegelbrücke-Schänis-Bilten einzuführen. Dafür wird ein Kredit von brutto 168'000 Franken gesprochen (60 Prozent von 280'000 Franken ohne Abzug der Reduktion durch Einnahmen).**

**Die Versammlung stimmt dem Antrag diskussionslos und ohne Gegenstimme zu.**

## **5. Einbürgerungen**

Ergänzend zu den Ausführungen und Gutachten auf den Seiten 68 bis 72 des Amtsberichtes, wendet sich Gemeindepräsident Erich Jud mit nachstehenden Worten an die Bürgerversammlung:

*"Festgestellt werden darf, dass die Anzahl der Einbürgerungsgesuche in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Um Schweizerbürger zu werden, bedarf es bestimmter*

Voraussetzungen; zuerst einmal müssen bestimmte Fristen erfüllt sein. Sodann sind die einzelnen Gesuche vom Einbürgerungsrat auf folgende Kriterien hin zu prüfen:

- *Eingliederung in die schweizerischen Verhältnisse*
- *Vertraut sein mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen*
- *Beachten der schweizerischen Rechtsordnung*
- *Nichtgefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz*

*Die Einbürgerungsräte freuen sich, Ihnen heute Gesuche von Menschen vorlegen zu dürfen, welche die obgenannten Kriterien erfüllen. Die Gesuchsteller würden sich freuen, wenn sie als Bürgerinnen und Bürger in unsere Gemeinschaft aufgenommen würden.*

*Ich darf erwähnen, dass alle Beschlüsse der Einbürgerungsräte einstimmig zustande gekommen sind.*

*Bei den heute um das Bürgerrecht Nachsuchenden handelt es sich ausnahmslos um Personen, die nicht im Strafregister verzeichnet sind, keine Schulden und die Steuern bezahlt haben. Es sind Menschen, die mit uns und bei uns arbeiten und leben wollen."*

Mit dem Hinweis, dass über jedes Gesuch einzeln abgestimmt und demzufolge über jedes Gesuch einzeln diskutiert und demokratisch befunden werden könne, eröffnet Gemeindepräsident Erich Jud die allgemeine Diskussion zu Traktandum fünf.

Da keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind, gelangen die einzelnen Gesuche zur Behandlung.

## **a. Einbürgerung von Gazmend und Drite Hasani-Morina mit Kindern**

### Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Hasani-Morina, Gazmend**, Staatsangehöriger der Republik Kosovo, geb. 25.06.1973, verheiratet, whft. Eichen, 8718 Schänis, in die Einbürgerung miteinbezogene Ehefrau:
- **Hasani-Morina, Drite**, geb. 15.10.1973, in die Einbürgerung miteinbezogene Kinder:
- **Hasani, Laura**, geb. 25.05.1999
- **Hasani, Melisa**, geb. 04.11.2001

sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit einem klaren Mehr an Ja-Stimmen diskussionslos entsprochen:**

**Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Gazmend und Drite Hasani-Morina mit den Kindern Laura und Melisa in Schänis SG zu.**

## **b. Einbürgerung von Alush und Lirije Hasani-Morina**

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Hasani-Morina, Alush**, Staatsangehöriger der Republik Kosovo, geb. 26.10.1950, verheiratet, whft. Eichen, 8718 Schänis, in die Einbürgerung miteinbezogene Ehefrau:
- **Hasani-Morina, Lirije**, geb. 10.06.1953

sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit einem klaren Mehr an Ja-Stimmen diskussionslos entsprochen:**

**Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Alush und Lirije Hasani-Morina in Schänis SG zu.**

## **c. Einbürgerung von Arsim Zeqiri**

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Zeqiri, Arsim**, Staatsangehöriger der Republik Serbien, geb. 25.12.1986, ledig, whft. Escherstr. 57, 8718 Schänis

sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit 100 Ja-Stimmen gegenüber 68 Nein-Stimmen diskussionslos entsprochen:**

**Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Arsim Zeqiri in Schänis SG zu.**

#### **d. Einbürgerung von Pero Kuraja-Tomic**

##### Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Kuraja-Tomic, Pero**, Kroatischer Staatsangehöriger, geb. 26.06.1954, verheiratet, whft. Grossstein 2, 8718 Schänis

sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit einem klaren Mehr an Ja-Stimmen diskussionslos entsprochen:**

**Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Pero Kuraja-Tomic in Schänis SG zu.**

#### **e. Einbürgerung von Bernard Kuraja-Antolovic**

##### Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Kuraja-Antolovic, Bernard**, Kroatischer Staatsangehöriger, geb. 13.04.1986, verheiratet, whft. Oberdorf 13, 8718 Schänis

sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit einem klaren Mehr an Ja-Stimmen diskussionslos entsprochen:**

**Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Bernard Kuraja-Antolovic in Schänis SG zu.**

#### **f. Einbürgerung von Bojan Drobnjak**

##### Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Drobnjak, Bojan**, Staatsangehöriger der Republik Serbien, geb. 18.12.1985, ledig, whft. Ziegelbrückstr. 8, 8718 Schänis

sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit einem klaren Mehr an Ja-Stimmen diskussionslos entsprochen:**

**Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Bojan Drobnjak in Schänis SG zu.**

Gemeindepräsident Erich Jud wünscht den zukünftigen Schweizerinnen und Schweizern alles Gute hofft, dass diese Menschen starke Glieder in einer gemeinsamen Kette werden.

## 6. Allgemeine Umfrage

Erwin Tremp-Richterich, Urteilen 24, erkundigt sich danach, ob für den "Hängelgiessen", welcher für die Ausweitung der Linth vorgesehen sei, eine Umzonung erfolge wie dies für die Ansiedlung der IKEA im Witöfeli gemacht werden müsse.

Gemeindepräsident Erich Jud erklärt, dass kein Umzonungsverfahren durchgeführt werde, da es sich beim besagten Land um keine Bauzone handle.

Paul Bruhin, Solenberg Maseltrangen 82, weist darauf hin, dass der Werkdienst Schänis seiner Meinung nach die Sicherheitsbestimmungen nicht einhalte. Er führt diesbezüglich einige Beispiele an. Überdies moniert er die Arbeitsweise des Werkdienstes und dabei insbesondere des Werkmeisters auch in Bezug auf ihre fachliche Richtigkeit.

Gemeindepräsident Erich Jud bekräftigt die bereits unter Traktandum zwei geäußerte Absicht eines gemeinderätlichen Augenscheines auf dem Solenberg.

An Erwin Tremp-Richterich, Urteilen 24, gibt der Vorsitzende erneut Auskunft über verschiedene Fragen zum Zonenplanverfahren.

Silvia Zweifel-Wiesmann, Faad 13, verteilt den Mitgliedern des Gemeinderates, des Schulrates und der Schulleitung imaginäre Rosen und verbindet diese mit dem herzlichsten Dank für die geleistete Arbeit. Des weiteren erscheine ihr, es herrsche in Schänis eine neue Sportart vor, nämlich das Sammeln von Unterschriften gegen alles und jedes. Natürlich stelle dies ein gesetzlich legitimes Recht dar, jedoch sei das Vorgehen beim Unterschriftensammeln oft fraglich - so ihrer Meinung nach auch

die Ankündigung von Oskar Gmür, nach der heutigen Bürgerversammlung auf die Schnelle Unterschriften zu sammeln. Sie vertraue auf die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, als dass diese kein Begehren unterzeichnen, welches sie nicht genau studiert hätten.

Gemeindepräsident Erich Jud bedankt sich namens des Schulrates und des Gemeinderates für die imaginären Rosen.

An Oskar Gmür gerichtet, gibt der Versammlungsleiter zu bedenken, dass er nicht sicher sei, ob das Sammeln von Unterschriften am Ausgang des Versammlungslokals zulässig ist; dies könne unter Umständen rechtlich problematisch sein.

Bezugnehmend auf das Votum von Silvia Zweifel, möchte auch Oskar Gmür imaginäre Rosen an die politischen Behörden verteilen. Im weiteren sei das häufige Sammeln von Unterschriften darum nötig, weil im Vorfeld einer Referendumsvorlage die Bürgerschaft zu wenig informiert werde.

Albert Steiner-Schwitzer, Gallusgasse 9, bedankt sich bei der Stimmbürgerschaft für die Zustimmung zum Kredit für einen zweijährigen LinthBus-Versuchsbetrieb für die Strecke Ziegelbrücke-Schänis-Bilten. An den Gemeinderat richtet er die Frage, warum im Buswartehäuschen in Ziegelbrücke kein Abfallkübel mehr vorhanden sei.

Roman Jud-Rüegg, Baumgarten 3, Rufi, (Werkmeister der Politischen Gemeinde Schänis), erklärt, dass der Abfallkübel bis anhin von der SBB gestellt worden und nun aber entfernt worden sei. Die Montage neuer Abfallkübel sei seitens des Werkdienstes beabsichtigt, die entsprechenden Kosten im Budget berücksichtigt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Gemeindepräsident Erich Jud schliesst die Bürgerversammlung mit einem Zitat des US-amerikanischen Autors John Naisbitt:

"Das Versagen der Hierarchien, die sozialen Probleme zu lösen, zwang die Menschen, miteinander zu reden."

Dem Zitat folgt der Hinweis, wonach am 26. Juni 2009 voraussichtlich eine ausserordentliche Bürgerversammlung stattfindet und des Vorsitzenden Hoffnung, dass die heutigen Versammlungsbesucherinnen und -besucher eine gute Zeit haben mögen und hie und da ganz glücklich sein dürfen.

---

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Der Versammlungsleiter:

Der Protokollführer:

.....  
Erich Jud, Gemeindepräsident

.....  
David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber

Die Stimmzähler:

.....  
Alexandra Büsser

.....  
Anton Glarner

.....  
Monika Fuchs

.....  
Ludwig Giger

---

In Anwendung von Art. 65 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2) wird dieses Protokoll vom 14. April bis 21. April 2009 öffentlich aufgelegt.